

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dreieckschrift: Nachrichten Dresden.
Bemerkungen: Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachdrucke: 2001.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Borsigau durch die Post
bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post
Die Lippe 37 man drei Zeile 2 M. bis Familienzeitungen, bis zu 1000 Zeilen
Gedenk- u. Weihnachtszeitung, Lippe 25 M. Borsigau und
Tsch. Ausgabe, Auflage 2500. Borsigau und
Gedenk- u. Weihnachtszeitung, Lippe 25 M. Borsigau und
Gedenk- u. Weihnachtszeitung, Lippe 25 M. Borsigau und

Stadtbuch nur mit druckfrischer Quellenangabe („Dresdner Zeitung“) gültig. — Unterlagen Schriftliche werden nicht aufgezahlt.

Schreiber und Hauptgeschäftsstelle:
Marktstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Leipzig & Reichert in Dresden.
Postleitzahl 1058 Dresden.

Annahme verzinslicher Bereinigungen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Hinterlegungsstelle von Wertpapieren zwecks
Erlösung von Zins- und Gewinnanteilscheinen.
An- und Verkauf fremder Geldsorten.

Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

Ostra-Allee 9, im „Haus der Kaufmannschaft“, Schlachthofring 7,
Wettinerstraße 66, Hauptmarkthalle, Eliasplatz 3, Kaiserstraße 11.

Scheckverkehr.
Einziehung und Ankauf von Wechseln.
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.
Vermietung von feuer- und einbruchssicheren
Stahlräumen unter Verschluß des Mieters
und Mitverschluß der Bank.

Zurückziehung der amerikanischen Truppen.

Räumung bei Eintritt des Friedenszustandes

Eigner Druckbericht der Dresdner Nachrichten

Washington, 1. Juli. Die amerikanischen Bevölkerungsgruppen werden in den nächsten Tagen vollständig aus Deutschland zurückgezogen werden. Der Präsident beschloß, daß die Truppen unmittelbar nach der Unterzeichnung der Friedensvereinbarung nach Hause zurückkehren sollen. Die Resolution wird noch vor dem 1. Juli in Kraft treten, worauf dann ein Befehl erlassen werden soll, daß sich die amerikanischen Truppen am Rhein sofort nach Amerika einstellen sollen. In den Vereinigten Staaten erklärt man, daß nach internationalem Recht diese Truppen nicht länger auf einem Gebiete verbleiben können, das sie mit Amerika im Friedenszustand befindet. Außerdem wird in Regierungskreisen vorgelegt, daß kein Anlaß vorliegt, die amerikanischen Truppen am Rhein zu belassen, da Deutschland nunmehr den Beweis erbringt, daß es seinen Verpflichtungen nachkommen will. Analoges besteht kein Anlaß, einen weiteren Vormarsch in deutschen Gebieten anzutreten. Der Staatssekretär Weeks wird den Befehl zur Heimkehr der amerikanischen Truppen noch vor dem 1. Juli erlassen. Natürlich hat Hartmann die englische und die kanadische Regierung verhandelt, damit die für Erlass der amerikanischen Truppen im Gebiet von Koblenz durch andere alliierte Streitkräfte Vorstufe treffen können.

Der amerikanische Senat und die Abrüstung.

Paris, 1. Juli. Die Marinelokomission des Senats hat die Regierungsvorlage, wie sie von der Kammer verabschiedet worden ist, angenommen. (B. T. B.)

Washington, 1. Juli. Präsident Harding hat das Gesetz unterzeichnet, nach dem vom 1. Oktober ab die gesamte Mannschaftsstärke des amerikanischen Heeres auf 150 000 verabgestellt wird. (B. T. B.)

Der bevorstehende Friedenszustand mit Amerika.

Eigner Druckbericht der Dresdner Nachrichten

Washington, 1. Juli. Der Friedenszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland wird in wenigen Tagen Tatsache sein. Das Repräsentantenhaus nahm gestern die Entschließung Porters an, die nunmehr an den Senat gelangen wird. Es ist mit aller Bestimmtheit anzunehmen, daß dieser sie ebenfalls ohne längere Aussprache annehmen wird, und daß die Resolution

Sonnabend oder Sonntag in Präsident Hardings Händen liegt. In ihren Text sind fünf verhüllte Bestimmungen Deutschen in Amerika aufgenommen worden.

Ein französischer Vorschlag über die Naturalleistungen.

Eigner Druckbericht der Dresdner Nachrichten

Paris, 1. Juli. Die französischen und die deutschen Sachverständigen präsentieren einen französischen Vorschlag hinsichtlich der Naturalleistungen. Direktor Gugenheim reiste gestern nach Berlin an, um die Regierung diese Vorschläge zu unterbreiten.

Genf, 1. Juli. Der "Tempo" meldet: Die Bevölkerungen mit den Deutschen haben am zweiten Tage zu einer Versammlung über die Naturalleistungen für das Wiederaufbauprojekt aufgetreten. Der französische Vorschlag gelangte mit geringen Abänderungen zur Annahme, wonach deutsche Lieferungen für das Aufbauprojekt von Fall zu Fall festgesetzt werden sollen und wonach zwei deutsche Berater in der Wiederaufbaukommission, deren Sitz Reims ist, angehört werden sollen.

Englands Absichten auf Helgoland.

Rotterdam, 1. Juli. "Daily Express" meldet aus englischen Kreisen, daß die englische Admiralität für eine Rückgewinnung Helgolands in Verhandlungen mit Deutschland einzetrete. Ein Bericht des ersten Lords der Admiralität an die englische Regierung sei abgegangen.

Ein einheitlicher Bericht über die Grenze Oberschlesiens.

Paris, 1. Juli. Aus London wird gemeldet, daß die Mitglieder der Interalliierten Kommission in Oppeln über den Wortlaut des Berichts geeinigt haben, der die Grenzziehung in Oberschlesien bestreift. Man hofft, daß dieser Bericht um den 10. Juli fertiggestellt sein wird.

Breslau, 1. Juli. Die zweite Zone ist von den Insurgenten geräumt. Die Engländer haben mit der Belebung der zweiten Zone Donnerstag früh begonnen. Die dritte Zone, die das Industriegebiet mit seinen deutschen Städten einschließt, ist Sonntag den alliierten Truppen zu übergeben.

Kriegsprozeß Stenger-Crusius.

Leipzig, 1. Juli. Bei Beginn der heutigen Verhandlung steht der Präsident mit, es sei ihm zu Ohren gekommen, daß gestern im Gerichtsgebäude Befehle im Falle eines Krieges vorgetragen seien. Der Präsident bezeichnete dieses Verhalten als vollkommen ungehörig und will im Niederholungsfalle mit den geeigneten Maßnahmen dagegen eingreifen. Nach dem Aufruf der für heute geladenen Zeugen erhielt sich der Verteidiger des Angeklagten Crusius, Rechtsanwalt Dr. Jülichau, eventuell als Zeuge zu befinden, daß er dem Angeklagten, der ihn von Anfang an mit seiner Verteidigung beauftragt habe, seinerzeit geraten habe, sich in der Voruntersuchung nur über die Vorgänge vom 26. August verantwortlich zu äußern, da die französische Auslieferungsliste anscheinend nur die Vorgänge dieses Tages im Auge habe. — Zeuge Kaufmann Albert Mehmeyer aus Freiburg i. Br., Unteroffizier in einer Kompanie des Hauptmanns Crusius, hat diesem nach dem Erheben der Auslieferungsliste auf Wunsch dreistlich mitgeteilt, daß er am 21. August selbst gehörte, daß Stenger den fraglichen Befehl ertheile. Heute kann der Zeuge keine bestimmt Angaben darüber machen. Er gibt zu, daß von den beteiligten Verwandten die Rechte geweckt seien könne, die von hinten auf deutsche Soldaten geschossen haben. Der Zeuge hatte nicht die Aufsicht, daß der General mehrfache Verwandte erschießen lassen wollte. Der Präsident hört dem Zeugen vor, daß seine Aussagen widersprüchlich seien.

Der Oberreichsanwalt teilt mit, er habe soeben ein Telegramm erhalten, wonach ein Hauptmann sich erhalten habe, anzufinden, daß Crusius bereits am 20. August seines Zusammengesetzten vor. Die Ladung dieses Zeugen wird befreilassen. — Als Zeuge wird sodann Oberleutnant Voigt vom Reichswehrministerium vernommen, der selbst beobachtigt wird, einen französischen Hauptmann verschlossen zu haben, und der sich deshalb in der nächsten Woche vor dem Reichsgericht zu verantworten haben wird. Der Präsident verweist ihn darauf, daß er Aussagen vernehmen könne, die ihn selbst belasten. Der Zeuge hat die Schlacht bei Saarburg als Führer der 9. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 112 gemacht. Er habe erst im Oktober 1914 aus dem "Matin" von den offenbar gefälschten Befehl des Generals Stenger Kenntnis erhalten. Die Form dieses Befehls sei eine derartige gewesen, daß er unmöglich von einem deutschen General herriethen konnte. Aus Stengers Mund habe er nie gehört, daß Gefangene erschossen werden sollten. Über den französischen Zeugen Voelkenberger, der im Oktober als Blaefeldweber eine Kompanie führte, äußerte sich Voigt dahin, es sei mit dem General Voelkenberger nicht weit her gewesen. Bei einer bestimmten Gelegenheit sei er ausgesetzt und nicht zur Kuppe aufgedrängt.

Die Presse über Dr. Rosen.

Die Berliner Presse stellt übereinstimmend fest, daß dem Außenminister Dr. Rosen gleich seinem Vorgänger Simon Legaldes Rednerkarten ver sagt ist. Eine "Strafe" nennt es der "Volks-Anzeiger", einem solchen Redner aufzuhören zu müssen. Dieser Mangel schadet zweifelslos und mittelbar der Reparation. In der Erklärung selbst sagt das Blatt, es sei nicht absonderlich sympathisch, ein Reichskabinett zu belieben, dessen Rücktritt der gehässige Feind Deutschlands als seinen Interessen abträglich betrachten würde. Aber die Entscheidigkeit, mit der trotzdem Dr. Rosen unterstrich, daß sich der Standpunkt der französischen Regierung, die Violationen nicht aufzubehen zu wollen, mit Recht und Gültigkeit in einem unvereinbaren Gegensatz befände, verdiente Anerkennung.

In besonders drastischer Weise beurteilt die "Deutsche Tageszeitung" die Redefähigkeit des Außenministers. Er verlor mit dem Vortrag eines Subalternbeamten nichts und schwer verständlich ein Manuskript, als dessen Verfasser wohl eine höhere Kraft zu betrachten sei, schreibt sie. Dr. Rosen sprach von dem unantastbaren Rechtsstandpunkt der Regierung und von den papierenen Protesten, die gegen das Unrecht der Sanktionen losgelassen wurden. Das alles aber hätte ein weithinbekanntes Kabinett wissen müssen, bevor es sein Signum unter ein Stück Papier setzte, auf dem unter Todessünde steht. Nun sei es zu spät.

Dr. Rosen sprach zwar energisch und seine Worte hätten aufseiten stehenden, sagt die "Tägl. R. d. d." aber energisch Worte, denen keine Taten folgen, hätten wir in den letzten Jahren nur allzu viele gehört. — Hinzu kommt, daß die "Deutsche Allgemeine Zeitung" anerkennende Worte für die Energie, mit der der Leiter des Auswärtigen Amtes für die Rechte Deutschlands eintritt.

Bosse und ganze Anerkennung zollt die demokratische Presse dem Minister für die Art und Weise, in der er gegen die Sanktionen zu Felde zog. Mahnoll in Form und Ton vertritt die Erklärung mit Ernst und glücklicher Argumentation den deutschen Standpunkt, daß deutsche Recht in der Sanktionsfrage, heißt es, "B. 91. B." — Wie das "Viert. Tagebl." berichtet, kann man noch den bisherigen Verlauf der Besprechungen bereits sagen, daß alle Parteien geschlossen gegen die unabkömmlinge Sanktionspolitik der Entente sind. Aus die unabhängige "Freiheit" betont, daß im deutschen Volk keine Meinungsverschiedenheit darüber bestehe, daß die über Deutschland verbündeten Sanktionen unerträglich seien. Die "Gemanica" unterstreicht besonders die Worte Rosens über die Bereitwilligkeit Deutschlands, an der Besiedlung der Welt mitzuwirken.

Deutsch-polnisches Abkommen über den Grenzverkehr.

Berlin, 1. Juli. Das Abkommen mit Polen über den deutsch-polnischen Grenzverkehr ist nunmehr abgeschlossen.

Der Kampf gegen die „Sanktionen“.

Vier Wochen müssen ins Land gehen, bevor der verdienstvolle Antrag der Deutschen Volksvertretung gegen die Sanktionen auf die Tagessitzung des Reichstages gebracht wird. Und das, obwohl die Reichsregierung ja bereits erhardt hatte, die volkspolitische Interpellation innerhalb der Geschäftsaufordnungsdienstes jetzt von vierzehn Tagen zu beantworten. Welche Wunde für diese unverantwortliche Verzögerung der Behandlung einer der lebenswichtigsten Fragen des deutschen Volkes möglicherweise gewesen sind, warum erst eine große Anzahl kleiner, im Vergleich zur Dringlichkeit des Sanktionsantrages durchaus nebenständiger Angelegenheiten im Reichstage verhandelt werden mußte, waren vor allem die zerstreuenden wirtschaftlichen Ausprägungen über die durchaus ungeliebte Erinnerung des kriegsbegeisterten Sanctionsausschusses gewesen, die der Welt wieder einmal das Abbild deutscher Selbstzufriedenheit vor Augen hielt, der Erinnerung des schrecklichen Verhältnisses des Entente vorangestellt wurde, darüber ist eine Ansicht vom Regierungsteil unterblieben. Doch diesen Zwischenlagen spricht man sich selbst. Es ist gleichbedeutend mit einer Paniknotierung der Verhältnispolitik des Kabinetts Wirth. Sind doch die wichtigsten Voraussetzungen, mit deren Eintritt der Konzert mit einer schweren, bekannten Krise beginnen, allein aus Süden gebrochen hat, rechnete und rechnet zu können glaubte, ausgebüsst. Überzeugt ist noch nicht das Deutsche niederrächtigste Polenwohlkün, und im Herzen des Reiches blieben die schlimmsten Anwaltsgeschäfte in Kraft, die einzig den Sinn haben sollten, die Londoner und Pariser Forderungen zu erzwingen. Düsseldorf, Duisburg und Mülheim werden bis zur Stunde von Entente truppen besetzt gehalten. Die Sanktionslinie ist in Kraft geblieben und zerstört die rheinische Industrie nach allmäßlich auch den Handel und die Wirtschaft des ganzen Reiches. Die 25 prozentige Ausfuhrabgabe ist durch die Bestimmungen des Ultimatums auf unbegrenzte Zeit ausgedehnt worden und eröffnet langsam, aber sicher weitere Zahlungsfähigkeit, deren höchstmögliche Entwicklung in unserer und im Sinne der ganzen Welt erforderlich wäre.

Was hat an diesem Auslande, der aller Vernunft und aller rednerisch klugen Einsichtigen und Verständigung der Intuition spricht, das Kabinett Wirth zu sagen? Der optimistische Ruhm auf dem Konzertstuhl schwiegt dazu und muß aus den oben bezeichneten Gründen schwiegen, wenn er nicht ein Bekennnis mangelnden politischen Weitblickes ablegen will. Er schlägt seinen Aufenthaltsort vor, dessen Worte man, weil er verantwortet ist, in allen verhältniswerten Traditionen und nichts gemein hat mit den großspurigen Versöhnungs- und Verständigungsversprechungen, die kurz nach der Annahme des Ultimatums über das geduldige deutsche Volk nur in herabsetzen, aber ein offenes und williges Ohr. Und er spricht, zum ersten Male übrigens in seiner neuen Amtsfülle, beweiswertes und eindrückliche Worte, die in Paris, London und Rom viel zu denken geben werden. Er nennt es "ein Flores und ein faches Gebot der Voralia", daß die Sanktionen sofort aufgehoben werden, ein "troches Utrecht", daß sie noch bestehen. Gewiß, als alter Diplomat kann er sich der rücksichtsvollen und höflichen Formen auch nicht enthalten, wo man im übrigen seiner nachdrücklichen Ausdrucksweise auffaßt, daß etwas in ihm sich in Aufruhr befindet, sein deutsches Gefühl, seine Überzeugung von der zwingenden Notwendigkeit der Anerkennung des Rechts. Wenn man aber doch, jen von aller Diplomatenprache, sozusagen das Kind beim rechten Namen nennen wollte, dann wären für die Aufrechterhaltung der Spontanmaßnahmen Ausdrücke wie schlimme Niedertracht, gemeinsame Vergewaltigung nicht scharp genug. Und aus weiser Weise, durch weisen Schuld, auf weisen Anregung man, weil er verantwortet ist, in allen verhältniswerten Traditionen und nichts gemein hat mit den großspurigen Versöhnungs- und Verständigungsversprechungen, die kurz nach der Annahme des Ultimatums über das geduldige deutsche Volk nur in herabsetzen, aber ein offenes und williges Ohr.

Der Außenminister gibt die Antwort. Vlond George und Storja sind einer Aufhebung der Sanktionen zum mindesten nicht unanständig gefallen. Aber Vlond, der politische Abenteurer, der selbstsüchtigste Empörtommeling, der je ein Staatsruder führte, ich hab mir sie ein; hier hätte

Dr. Rosen das Programm französischer Kabinetts, den hoffnungslosen, solidaritätslosen französischen Imperialismus nicht überläßt lassen dürfen. Ob es Frankreich wohl ernst damit ist, die für das Fortbestehen der deutschen Regierung und damit für die Möglichkeit der Erfüllung der deutschen Verpflichtungen erforderlichen Voraussetzungen zu berücksichtigen? — Die Frage scheint mir klein.

Man denkt einmal an die beispielnden Worte des französischen Ministerpräsidenten, die er kurz nach seiner Amtseinführung aus London Anfang Mai vor der Pressevertretern

sozusagen sozusagen das Kind beim rechten Namen nennen wollte, dann wären für die Aufrechterhaltung der Spontanmaßnahmen Ausdrücke wie schlimme Niedertracht,

gemeinsame Vergewaltigung nicht scharp genug. Und aus weiser Weise, durch weisen Schuld, auf weisen Anregung man, weil er verantwortet ist, in allen verhältniswerten Traditionen und nichts gemein hat mit den großspurigen Versöhnungs- und Verständigungsversprechungen,

die kurz nach der Annahme des Ultimatums über das geduldige deutsche Volk nur in herabsetzen, aber ein offenes und williges Ohr.

Deutschland hat zum 14. Mai das Ultimatum an-

genommen, dann werden die Sanktionen aufzuführen, — aber wenn noch einer kürzeren oder längeren Zeit irgend-

eine Verfehlung festgestellt wird, so treten sie automatisch wieder in Kraft und die um das Ruhrgebiet angekündigten Streitkräfte treten in Williamen! — Das ist es,

worauf die französische Politik verkleidet und offen, bis zur Stunde noch abzielt. Der Gedankengang ist einfach.

Deutschland hat das Ultimatum angenommen. Die Sanktionen sind so hoch, daß nur wenig Aussicht besteht, daß sie jemals erfüllt werden können. Aber auch die geringe Aussicht auf Erfüllung wird zerstört werden. Es muß eine Unterlassungsfürsorge Deutschlands konstruiert werden. Das Mittel dazu?

Die Sanktionen, unter deren grausamer Wirkung die deutsche Wirtschaft zusammenbricht, muß, unter deren

Einschluß an irgendeinem Tage einmal eine Nichterfüllung